

PETERS II

Rechtsanwalt

Oberster Gerichtshof
für die Britische Zone

Anl. Heft ... Bände

Eingeg.: - 3 JAN. 1950

für Regierungsinspektor

als Urkundsbeamt
der Geschäftsstelle

Köln, den 2. Januar 1950.

Hansaring 17 (Haltestelle Allianz)

Telefon 7 84 66 PSK Köln 273 54

B/Sch.

An den

Obersten Gerichtshof für die britische Zone

II. Strafsenat

K ö l n

Termin: 16. Januar 1950.

In der Strafsache

g e g e n

L e m p f e r t u.A.

StS 294/49

wird zur Begründung der Revision des Angeklagten B u e r
weiter folgendes vorgetragen:

I.

Zur Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung ist der Vorsatz des Angeklagten Buer nicht ausreichend festgestellt worden. Zwar heisst es im Urteil, er sei sich darüber klar gewesen, dass gegen Fabian etwas unternommen, dass ihm "eins ausgewischt" werden sollte, und er habe - mag er auch nicht selbst mitgeschlagen haben - schon durch seine Anwesenheit im Zuge den eigentlichen Tätern seelische Unterstützung geleistet. Bei dieser Würdigung wird aber eine Besonderheit des Falles nicht genügend bedacht. Buer marschierte in einem geschlossenen Trupp und war an sich an die Führung seines Truppführers gebunden. Keineswegs hatte man von vornherein an die Misshandlung politischer Gegner gedacht. Dies ergab sich nur aus der zufälligen Begegnung mit Fabian. Mit grosser Schnelligkeit entwickelte sich der Gang der Dinge nun plötzlich so, dass Fabian von den Angehörigen des Trupps umzingelt und aus dem Kreis der Umzingelnden heraus misshandelt wurde. Buer war ganz ungewollt in diese Lage

geraten. Es fragt sich, ob ihm überhaupt noch Zeit blieb, dem Weiteren auszuweichen. Gewiss hätte er, sobald er erkannte, dass der Marsch auf eine strafbare Handlung hinauslief, aus dem Zuge austreten sollen. Aber zu diesem, von seinem Standpunkt aus bedenklichen Entschluss muss man ihm gerechterweise eine kleine Zeit der Überlegung zubilligen. Alles verlief aber so schnell, dass schon alles vorüber war, bevor Buer überhaupt imstande war, über sein weiteres Verhalten einen Entschluss zu fassen. Dann aber hatte er überhaupt noch nicht den zur Tat erforderlichen Vorsatz gefasst.

II.

Zur Verurteilung wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit ist das Urteil in zweifacher Hinsicht mangelhaft:

- a) Nach der Rechtsprechung des OGH ist dafür entscheidend, dass das Merkmal der Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Willkürherrschaft. Hier ist die Tat in einer kleinen Provinzstadt am 5.3.33 begangen worden. Es war das also in der Zeit zwischen der sogenannten Machtübernahme und der diese bestätigenden Reichstagswahl, deren Ergebnis damals - am Tag der Wahl - eben noch nicht bekannt war. Es steht geschichtlich fest, dass damals sich noch keineswegs überall die Macht der Nationalsozialisten so durchgesetzt hatte, dass die andern sich ihr gegenüber völlig machtlos fühlten, und dass andererseits die Nationalsozialisten gegenüber einer möglichen Strafverfolgung einen sicheren Rückhalt in der Staatsmacht fühlten. Der festgestellte Sachverhalt ergibt nichts dafür, dass gerade in Kellinghusen damals die SA auf der Strasse schon die anerkannte Macht hatte. Was hier

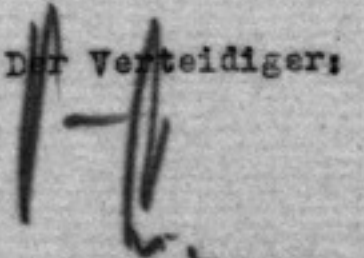
geschah, war ein politischer Aufmarsch einer bestimmten Gruppe, wie er unter allen staatlichen Verhältnissen vorkommen kann und auch für andere Gruppen noch nicht ausgeschlossen zu sein brauchte. Dass sich aber die Teilnehmer eines politischen Aufmarsches dazu hinreissen lassen, einem ihnen begegnenden scharfen politischen Gegner "eins auszuwischen", ist in derartigen Verhältnissen ohne weiteres begründet. Gewiss war es wenig anständig, dass hier 15 Mann gegen einen vorgingen. Aber das ist keine Eigentümlichkeit der nationalsozialistischen Grausamkeiten. Das hätte entsprechend auch von 15 Kommunisten gegen einen Nationalsozialisten geschehen können, ist also nicht aus der Besonderheit des nationalsozialistischen Terrors zu erklären.

- b) Bei der Frage, ob Fabian unmenschliches Ungemach erlitten habe, muss man sich von dem tragischen Ausgang, den die Sache durch den von Lempfert abgegebenen Schuss angenommen hat, völlig freimachen. Es kommt für Buer allein auf das an, was Fabian erlitten hatte, als er die Umzingelung durchbrach. Die körperlichen Folgen der Misshandlungen scheinen nur ganz gering gewesen zu sein. Das Urteil geht überhaupt nicht auf sie ein. Es legt nur Gewicht darauf, dass hier ein einzelner von 15 politischen Gegnern misshandelt worden ist und angesichts der grossen Übermacht, der er sich gegenüber sah, von schwerster Angst und Furcht befallen gewesen sein muss. Diese Würdigung passt nicht zu dem, was man aus dem Urteil über Fabian erfährt. Er war ein Mensch, dem solcher politischer Handel geläufig waren. Er hatte schon wiederholt Zusammenstösse mit SA-Männern gehabt und ist im Jahre 1932, also als der Nationalsozialismus von Staats wegen noch bekämpft wurde, bereits wegen Misshandlung

271

von Nationalsozialisten zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Für ihn war also ein solches Erlebnis, nämlich mit politischen Gegnern zusammen zu geraten, an sich überhaupt nichts Absonderliches. Er blieb ersichtlich im Vollbesitz seiner körperlichen Kräfte und Gewandtheit und seiner Geistesgegenwart, denn es ist ihm ganz schnell gelungen, seinen Angreifern zu entkommen. Gewiss wird auch dieser, solchen Händeln nicht abgeneigter Mann ängstlich gewesen sein. Aber bei seinen grossen Kampferfahrungen kann diese Angst nicht erheblich gewesen sein und ist infolgedessen auch nur von ganz kurzer Dauer gewesen. Das kann man noch nicht als ein für die ganze Menschheit anstössiges Unheil ansehen. Also es fehlt auch an den unmenschlichen Folgen, wie sie zum Tatbestand des Unmenschlichkeitsverbrechens gehören.

Der Verteidiger:



(Dr. Peters II)
Rechtsanwalt.